



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

135. Ratssitzung vom 19. März 2025

4418. 2024/221

Postulat von Jürg Rauser (Grüne) und Nicolas Cavalli (GLP) vom 22.05.2024: Mietverhandlungen im Rahmen von Fremdmieten, Motivierung der Eigentümerschaft zur Installation von Photovoltaikanlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Jürg Rauser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3201/2024): Ursprung dieses Postulats war eine einfache Frage der Kommission. Es ging um das Gebäude, das die Stadt für die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) mieten wollte. Wir haben gefragt, ob die Stadt als Hauptmieterin die Installation von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf dem Dach angeregt hat. Photovoltaik leistet einen wichtigen Beitrag zum Erreichen des Netto-Null-Ziels der Stadt Zürich und ist in der Gemeindeordnung festgehalten. Wir erhielten ein Nein als Antwort: Das Haus gehöre nicht der Stadt und sei privat. Das wussten wir bereits und meinten eigentlich, wieso die Stadt nicht versucht hat, ihren Einfluss geltend zu machen. Sie hat immerhin das Recht, etwas vorzuschlagen, auch wenn sie eine Umsetzung nicht erzwingen kann. Bei ähnlichen Geschäften hören wir von der Stadt oft das Argument, sie hätte keine rechtliche Grundlage, etwas umzusetzen, aber könne Private informieren, sensibilisieren oder beraten. Dass das in diesem Fall nicht geschehen ist, deutet auf ein fehlendes Bewusstsein in der Verwaltung hin. Dies hat sie in der Sitzung auch zugegeben. Es geht also in diesem Postulat nicht nur um PV-Anlagen, sondern auch um den Einflussbereich der Stadt.

Reto Brüesch (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 5. Juni 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP-Fraktion hat den Ablehnungsantrag gestellt, da sich das Postulat erübrigt. Die Postulanten sind sich dessen bewusst. In der Sachkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (SK HBD/SE) haben wir eine Weisung zur Stauffacherstrasse 45 behandelt, wo die Stadt für einige Jahre Räumlichkeiten anmietet. Die Flächen und Konditionen werden meistens von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) oder Immobilien Stadt Zürich (IMMO) ausgehandelt. Neben- und Betriebskosten werden dabei selten berücksichtigt. Auf die Frage bezüglich der Photovoltaik wird in der Antwort nicht gross eingegangen, weil die Stadt nur kurzzeitig Mieterin des Gebäudes ist. Die Vertreter der Stadt haben dies damals mit dem Vermieter angeschaut und Kontakte organisiert. Sie wurden dem Elektrizitätswerk (ewz) aber nicht weitergegeben. Das ewz hat



2 / 2

bereits alle grösseren Liegenschaften in der Stadt auf ihre Eignung für PV-Anlagen geprüft. Die Prüfung kleinerer Objekte ist nicht sinnvoll, weshalb wir das Postulat ablehnen.

Das Postulat wird mit 78 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat